



HPR aktuell

Redaktion: Reimund Höpfner

Ausgabe Dezember 2008

Polizeizulage im Bereich
FKS Seite 1

Abrechnung Reisekosten,
Trennungsgeld und
Umzugskosten Seite 1

Neuorganisation des
Beschaffungswesens Seite 2

Einsatz von
Bordwandstützen Seite 2

Aufgabenwahrnehmung der
Zentralen Reisekostenstelle
beim BWZ Plessow Seite 2

Informations- und
Wissensmanagements Zoll
Seite 2

Wegfall Reservemagazin
Seite 3

Sitzungsmarathon des HPR
Seite 3

ITSM Framework Seite 3



Friedrichstraße 169-170
10117 Berlin

Telefon: 030-4081-6600
Telefax: 030-4081-6633
E-Mail: post@bdz.dbb.de
Internet: www.bdz.dbb.de

Gewährung der Polizeizulage im Bereich FKS – ESB-Schulungen

Das BMF hat den Hauptpersonalrat darüber informiert, dass beabsichtigt ist, ab dem 1. Januar 2009 Zahlungen der Polizeizulage im Bereich der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) erst nach Absolvierung der erforderlichen „Lehrgänge für Eigensicherung und Bewaffnung“ (ESB) bzw. der sogenannten „Differenzschulungen“ aufzunehmen. Auch sollen bereits laufende Zahlungen der Polizeizulage mit Ablauf des 30. Juni 2009 bis zur Absolvierung der erforderlichen ESB-Lehrgänge bzw. der Differenzschulungen eingestellt werden. Den betroffenen Bediensteten soll Gelegenheit gegeben werden, die erforderlichen Schulungen

zeitnah zu absolvieren. Sie sind bei der Vergabe von Teilnehmerplätzen vorrangig zu berücksichtigen. Mit dem Erlass hat das BMF offenbar auf einen Prüfungsbericht des Bundesrechnungshofs zur Gewährung der Polizeizulage an Bedienstete des Arbeitsbereichs FKS reagiert. Um sich zunächst ein Bild über die Entscheidungsgrundlagen des BMF machen zu können, hat sich der HPR schriftlich an die Leiterin der Zentralabteilung, Dr. Martina Stahl-Hoepner, gewandt, um nähere Informationen zu erhalten. Wir werden in dieser Angelegenheit weiter berichten.

Bearbeiter: Eich

Abrechnung Reisekosten, Trennungsgeld und Umzugskosten künftig per E-Mail

Mit Schreiben vom 24. Juli 2008 wurde der Hauptpersonalrat darüber informiert, dass beabsichtigt ist, künftig die Bescheide über Reisekosten und Trennungsgeld per E-Mail an die Antragsteller zu versenden. Ein entsprechendes Pilotprojekt wurde beim Service-Center Süd-Ost durchgeführt. Der Hauptpersonalrat äußerte gegenüber dem BMF dahingehend Bedenken, dass an den Dienststellen bei Abwesenheit der Beschäftigten verstärkt die Möglichkeit der E-Mail-Umleitung genutzt wird und dass noch nicht jeder Beschäftigte über eine eigene E-Mail-Adresse in der Dienststelle erreichbar ist, sondern Sammeladressen

eingerrichtet wurden. Somit könnten Dritte unberechtigten Zugriff auf die Daten bekommen, was mit den Anforderungen des Datenschutzes nicht vereinbar wäre. Der Hauptpersonalrat schlug deshalb vor, im Antrag eine Möglichkeit vorzusehen, dass der Antragsteller wählen kann, ob er den Bescheid per E-Mail oder wie bisher in Papierform erhält. Diesem Vorschlag folgt die Verwaltung. Die vom Service-Center Süd-Ost betreuten Beschäftigten wurden mit Verfügung vom 12. November 2008 entsprechend informiert.

Bearbeiter: Franze

Neuorganisation des Beschaffungswesens: Lokale Pilotierung – förmliche Beteiligung des Hauptpersonalrats

Das BMF hatte beim Hauptpersonalrat das Beteiligungsverfahren für zwei Softwareanwendungen zum Projekt „Neuordnung des Beschaffungswesens – 1. Teil Zollverwaltung“ eingeleitet, die bei der Bundesfinanzdirektion Südwest an den Standorten Offenbach und Freiburg zum Einsatz kommen werden. Dabei handelt es sich um zwei unterschiedliche Teilverfahren. Beim

Referat RF 5 wird die ab 1. Januar 2009 in einem Pilotbetrieb bereits erfolgreich getestete Software für die komplette Vergabeabwicklung einschließlich der Anbindung an die E-Plattform des Bundes ausgerollt. Bei der Beschaffungslösung kann nach der erfolgreichen Testphase mit der lokalen Pilotierung voraussichtlich ab dem 1. Januar 2009 am Standort Offenbach und ab 1. März

2009 am Standort Freiburg begonnen werden. Zum Einsatz der beiden Softwareanwendungen sind im Beteiligungsverfahren keine Einwände vorgetragen worden. Der Hauptpersonalrat stimmte den Anträgen des BMF zu.

Bearbeiter: Eberle

Ideenmanagement in der Bundesverwaltung: Einsatz von Bordwandstützen

Das BMF hat den Hauptpersonalrat über die Prämierung eines Verbesserungsvorschlags informiert. Ein Beschäftigter schlug vor, die Basisausstattung von Hundetransportfahrzeugen um sogenannte Bordwandstützen zu ergänzen. Es handelt sich dabei um ein Hilfsmittel

zur Unterstützung von aktiv anzeigenden Spürhunden, denen damit ein effektiver und trittsicherer äußerer Zugang zur Ladefläche und damit der unmittelbare Kontakt zur Ladung von Lkws ermöglicht wird. Das Anfahren zu einer Überholungshalle für einen Hundeeinsatz ist damit

entbehrlich. Der Hauptpersonalrat gratuliert dem Einsender zu seiner Leistung und zur gewährten Prämie und erwartet vom BMF eine unverzügliche Umsetzung des Vorschlags im ganzen Bundesgebiet.

Bearbeiter: Eberle

Aufgabenwahrnehmung der Zentralen Reisekostenstelle beim BWZ in Plessow

Die Erörterung der Aufgabenwahrnehmung der Zentralen Reisekostenstelle beim Bildungs- und Wissenschaftszentrum der Bundesfinanzverwaltung (BWZ), Standort Plessow wurde auf die Tagesord-

nung der Januar-Sitzung 2009 des Hauptpersonalrats verschoben. Der Hauptpersonalrat hofft, dass die betroffenen örtlichen Dienststellenleitungen mit ihren Personalvertretungen die Gelegenheit nutzen, die

Situation noch einmal intern zu erörtern und den Hauptpersonalrat über das Ergebnis zeitnah zu unterrichten.

Bearbeiter: Eberle, Höpfner

Anbindung des Informations- und Wissensmanagements Zoll

Zum 1. Januar 2009 wird beim Bildungs- und Wissenschaftszentrum der Bundesfinanzverwaltung (BWZ) die Abteilung Steuerungsunterstützung und Informations- und Wissensmanagement Zoll (IWM Zoll) eingerichtet. Diese Abteilung besteht aus

den beiden Referaten Steuerungsunterstützung Zoll und dem IWM Zoll und deren Arbeitsbereichen. Die bisherigen Dienstsitze in Hamburg und Dresden bleiben bestehen. Für das im Projekt IWM Zoll bis zum Stichtag 31. Oktober 2008 eingesetzte Personal

besteht die Möglichkeit, sich unter Beibehaltung des Dienstorts Dresden an das BWZ versetzen zu lassen. Der Hauptpersonalrat hat diesem Antrag zugestimmt.

Bearbeiter: Höpfner

Wegfall des Reservemagazins zur Dienstpistole P 30

Das BMF hat dem Hauptpersonalrat mitgeteilt, dass beabsichtigt ist, die Dienstvorschrift über die Bewaffung in der Zollverwaltung (WaffDV-Zoll) – VSF O 8042 – unter der Nr. 5.6 mit dem ersten Anstrich wie folgt neu zu fassen: „5.6 Es sind mitzuführen - zur Pistole P 30 ein Magazin mit mindestens 12 Patronen. Bei Bedarf kann angeordnet werden, ein weiteres Magazin mit mindestens 12 Patronen mitzuführen.“ Nach Einführung der neuen Dienstpistole P 30 in der Bundesfinanzverwaltung mit 15 Schuss Magazinkapazität im „Regeldienst“ kann nach Auffassung des BMF auf das Mitführen eines Reservemagazins ver-

zichtet werden. Mit der Umstellung wird, so das BMF, eine einheitliche Verfahrensweise bei den Waffentragenden Verwaltungen des Bundes angestrebt, insbesondere auch unter Berücksichtigung der Außenwirkung unterschiedlicher Ausstattung. Nach Einführung einer neuen Dienstpistole verzichtet auch die Bundespolizei künftig auf die Ausstattung mit einem Reservemagazin. Da die Technische Richtlinie „Pistolen im Kaliber 9mm x 19“ eine Magazinkapazität von 12 Schuss als ausreichend bewertet, braucht nach Auffassung des BMF die Kapazität des Magazins der P 30 von 15 Schuss nicht ausgenutzt zu werden.

Der Hauptpersonalrat hat das personalvertretungsrechtliche Beteiligungsverfahren bei den Stufenvertretungen eingeleitet und beim Leiter der Zoll- und Verbrauchsteuerabteilung, Hans-Joachim Stähr, sämtliche für die Entscheidungsfindung des BMF relevanten Berichte angefordert. Die BDZ-Fraktion im Hauptpersonalrat sieht keine Notwendigkeit, die erst seit Januar 2008 gültigen Regelungen der Ziffer 5.6 der WaffDV-Zoll aus Gründen der Eigensicherung und der zielgerichteten Aus- und Fortbildung zu verändern.

Bearbeiter: Eich

Sitzungsmarathon des Hauptpersonalrates und der Arbeitsgruppe Personal

Aufgrund der sehr späten Zuleitung der Anträge des BMF zur Besetzung der bundesweit ausgeschriebenen Dienstposten der Besoldungsgruppen A 12 und A 13 des gehobenen Dienstes an den Hauptpersonalrat hatten die Geschäftsstelle des Hauptpersonalrats und die Arbeitsgruppe Personal Hochbetrieb. Über 800 Auswahlvorschläge waren zunächst auf ihre Schlüssigkeit hinsichtlich der Bewerberauswahl zu prüfen und im Gremium des Hauptpersonalrats zur Diskussion vorzustellen. Dabei ergab sich doch bei Dutzenden von Auswahlentscheidungen noch ein Erörterungsbedarf mit dem BMF.

Die Beteiligung der Bezirkspersonalräte wurde zeitgleich eingeleitet, sodass deren Stellungnahmen einschließlich der eingeholten Äußerungen der Personalvertretungen der Hauptzollämter und Zollfahndungsämter bis spätestens zum 6. Januar 2009 dem HPR vorliegen werden. „Diese Frist ist gesetzlich vorgeschrieben und wird vom Hauptpersonalrat auch beachtet“, so dessen Vorsitzender, Dieter Dewes, der nach Abschluss der außergewöhnlich langen Beratungen der Arbeitsgruppe Personal für ihre geleistete Arbeit seinen besonderen Dank aussprach.

In der der Januar-Sitzung 2009 können dann endgültig die entsprechenden Beschlüsse gefasst werden. Aufgrund der bisherigen Auswertung durch den Hauptpersonalrat kann davon ausgegangen werden, dass mindestens 90 Prozent der von der Verwaltung vorgeschlagenen Personalmaßnahmen so übernommen werden können. Die restlichen „Problemfälle“ werden im Vorfeld der nächsten Sitzung mit dem BMF besprochen und die Ergebnisse dann dem Gremium zur Entscheidung vorgelegt.

Bearbeiter: Hecker

Beteiligungsverfahren ITSM Framework

Der Hauptpersonalrat hat den Antrag zur Einführung des IT-Service-Managements (ITSM Framework) beim Zentrum für Informationstechnik und Informationsverarbeitung (ZIVIT) in den November- und De-

zember-Sitzungen 2008 ausführlich erörtert und der Einführung jetzt zugestimmt. Die Erprobung unter Echtbedingungen der Vorortbetreuung IT der Zollverwaltung (VOB IT) im Bezirk der Bundesfinanzdirektion

West und beim Hauptzollamt Berlin ist davon nicht betroffen.

Bearbeiter: Höpfner